

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 16. Februar 2016 · Nr. 38 · 237. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.40 · € 4.40



DENIS CHARLET / AFP

Vom einen Elend ins nächste

Primitive Zelte aus Planen, wild verstreuter Abfall, viel zu wenig Toiletten: In der nordfranzösischen Ortschaft Grande-Synthe ist ein neuer Migranten-Slum entstanden. Von Polizisten bewacht, hausen dort derzeit 2500 bis 3000 Personen unter prekären Verhältnissen – vor allem Kurden aus dem Nordirak und besonders viele Familien. Die Kritik an Frankreichs Abschreckungspolitik wird immer lauter. *International, Seite 9*

Vom König zum Verdächtigen

Für Bankkunden wird es immer schwieriger, in der Schweiz ein Konto zu eröffnen

Bei den Schweizer Banken haben die Compliance-Verantwortlichen das Ruder übernommen. Die Risiken werden zwar minimiert, doch der Preis dafür könnte hoch sein.

ZOÉ BACHES

Risikolos sollte ein Kunde sein, nur über zweifelsfrei «weisses» Geld verfügen und am besten auch noch über einen Wohnsitz in der Schweiz. Dies ist offenbar die Idealvorstellung eines Kunden aufseiten vieler Schweizer Banken und der Aufsichtsbehörden. Sie lässt sich zusammenschreiben aus Beispielen von Kunden, die in jüngerer Zeit versucht haben, ein Konto bei einer Schweizer Bank zu eröffnen oder ein solches zu behalten. Die Bestrebungen der heimischen Banken zur Bekämpfung von Geldwäscherei,

Terrorismusfinanzierung und Steuerumgehung haben dazu geführt, dass eine wachsende Zahl von Kundengruppen jenseits von illegalen Gruppierungen und ausserhalb von Risikoländern Schwierigkeiten hat, Kunde bei einer Schweizer Bank zu werden. Den Entscheid darüber fällen heute mehrheitlich die Compliance-Abteilungen der Banken. Deren Mitarbeiter prüfen täglich und Fall für Fall, ob die Bank bei der Eröffnung eines Kundenkontos oder bei der Betreuung eines Kunden irgendwelche Vorschriften verletzen könnte.

Befragte Schweizer Banken betonen, grundsätzlich keinen Unterschied bei der Betreuung von ausländischen und von Schweizer Kunden zu machen. Ob das so beibehalten werden kann, ist offen. Die Zahl der Regeln, die die Banken bei der grenzüberschreitenden Betreuung von Kunden beachten müssen, nimmt stetig zu. Damit steigen auch die Kosten – was zur Folge hat, dass viele

Banken immer mehr Kundengruppen nicht mehr oder nur noch unter strengen Vorgaben akzeptieren.

Mit der buchstabengetreuen Einhaltung aller Vorschriften suchen die Banken ihre Risiken zu minimieren. Wenn aber Kunden plötzlich von Bankjuristen in deren Fachjargon angegangen werden und dabei manchmal wie Kriminelle behandelt werden und wenn Interessenten unter Generalverdacht stehen, eine Bank in nicht gesetzeskonforme Aktivitäten zu verwickeln, dann ist die vielgelobte Qualität des Schweizer Kundenservices in Gefahr.

Wenn dann zusätzlich nur noch «schneeweisses» Geld ohne jegliche Möglichkeit eines Irrtums angenommen wird, muss sich die Branche langsam fragen, wie sich der hiesige Finanzplatz, der weltweit unter anderem dafür berühmt ist, ausländische Kunden willkommen zu heissen, künftig positionieren will.

Wirtschaft, Seite 23

Heiratsbonus statt Heiratsstrafe

Pikante Daten der Eidgenössischen Steuerverwaltung

Der Begriff der steuerlichen «Heiratsstrafe» ist einzumotten. Wie neue Schätzungen des Bundes zeigen, gibt es unter den Verheirateten weit mehr Profiteure als Benachteiligte.

HANSUELI SCHÖCHLI

Die Initiative zur Abschaffung der steuerlichen «Heiratsstrafe», über die am 28. Februar abgestimmt wird, klingt gut: Wer kann schon für eine Heiratsstrafe sein? Der Bundesrat hatte in seiner befürwortenden Botschaft von 2013 zur Initiative vorgerechnet, dass bei der direkten Bundessteuer etwa 80 000 Doppelverdiener-Ehepaare sowie «zahlreiche» Rentnerhepaare gegenüber Konkubinatspaaren deutlich benachteiligt seien (Mehrbelastung von über 10 Prozent). Die naheliegende Frage, wie viele Verheiratete denn steuerlich bevorteilt seien, hat der Bundesrat aber nie beantwortet.

80 000 gegen 370 000

Die Eidgenössische Steuerverwaltung hat nun auf Anfrage der NZZ eine Schätzung zum Ausmass des Heiratsvorteils bei der direkten Bundessteuer auf Basis der Daten von 2012 geliefert. Den 80 000 benachteiligten Doppelverdiener-Ehepaaren stehen laut Schätzung etwa 370 000 bevorteilte Erwerbs-Ehepaare gegenüber. Davon sind etwa 200 000 Einverdiener-Paare und 170 000 Doppelverdiener. Der Heiratsvorteil bei der Bundessteuer hat drei Treiber: den Verheiratetenabzug, den Zweitverdienerabzug und den Verheiratetenabzug.

Von den etwa 1,1 Millionen Erwerbs-Ehepaaren in der Schweiz sind somit bei der direkten Bundessteuer etwa 7 Prozent gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt und 33 Prozent bevorteilt, während es bei etwa 60 Prozent ungefähr auf das Gleiche hinausläuft (Steuerdifferenz unter 10 Prozent). Schliesst man die Rentner mit ein, zahlt fast ein Viertel aller Ehepaare mangels genügend Einkommen keine direkte Bundessteuer.

Die Zahl der bevorteilten Doppelverdiener-Ehepaare variiert je nach Annahme über die Aufteilung der Einkommen zwischen den Ehegatten bzw. den Konkubinatspartnern. Die hier zitierte Schätzung der Steuerverwaltung beruht

auf der Annahme einer Aufteilung von 70 Prozent / 30 Prozent, was aufgrund von Analysen über kantonale Steuerdaten «recht gut abgestützt» sei. Bei einer Aufteilung von zum Beispiel 60/40 wäre die Schätzung der bevorteilten Doppelverdiener-Ehepaare zu senken, bei 80/20 dagegen zu erhöhen.

Per saldo gibt es aber kaum Zweifel darüber, dass Verheiratete gegenüber Konkubinatspaaren bei der direkten Bundessteuer einen erheblichen Steuerbonus geniessen. Berücksichtigt man zudem noch die Steuern der Kantone und Gemeinden, verschiebt sich das Bild noch mehr zugunsten der Verheirateten.

Man könnte dagegen argumentieren, dass das Steuersystem nur schon wegen eines einzelnen benachteiligten Ehepaars zu ändern sei. Dies ist aber realitätsfremd. Im Steuerrecht ist eine komplette Einzelfallgerechtigkeit kaum möglich. Und vor allem führt die Ausmerzungen der Benachteiligung von jedem einzelnen Angehörigen einer Gruppe von Steuerpflichtigen (hier: von den Verheirateten oder den Doppelverdiener-Ehepaaren) per saldo fast zwangsläufig zu einer starken Benachteiligung aller anderen. Eine elegante Lösung verspricht allenfalls die Abschaffung der Steuerprogression (also der Einheitssatz), doch politisch erscheint das derzeit kaum realistisch.

Bonus auch bei der AHV

Einen Heiratsbonus gibt es auch bei der AHV, wie der Bundesrat vorgerechnet hat. Ehepaare sind zwar durch die Deckelung der Ehepaarrenten gegenüber den (wenigen) Konkubinatsrentnerpaaren benachteiligt, doch die Vorteile der Ehepaare via Witwen- und Witwerrenten sowie Verwitwenzuschlag fallen frankenmässig deutlich mehr ins Gewicht – so dass in der AHV per saldo ein Heiratsbonus von jährlich 800 Millionen Franken herausausschaut. Wer die Deckelung der Ehepaarrente abschaffen will, müsste konsequenterweise auch die Sonderbehandlung von Witwen und Witvern beenden.

Das Total der Benachteiligung von Rentnerhepaaren bei der direkten Bundessteuer schätzt der Bund derweil auf 230 Millionen Franken. Das ist aber eine Bruttozahl, denn eine Schätzung für das Total des Bonus für bevorteilte Rentnerhepaare liegt nicht vor.

«Reflexe», Seite 36



EHUD OLMERT

Wegen Korruption sitzt Israels ehemaliger Ministerpräsident die nächsten Monate im Gefängnis *Seite 5*

GERHARD PFISTER

Der künftige CVP-Präsident über seine Aussenseiterrolle *Seite 15*

MEHR ALS BÜCHER

Bibliotheken müssen sich in digitalen Zeiten neu erfinden *Seite 17*

NACH GEFÄNGNISAUSTRICH

Der Kanton Zürich führt das Vier-Augen-Prinzip ein *Seite 13, 18*



BESEITIGUNG VON MÄNNLICHEN KÜKEN

Die Staatsanwaltschaft im deutschen Münster erhebt gegen eine Brüterei Anklage wegen Massentötung *Seite 22*

SPAR-DEBATTE

Irlands unbeständige Wirtschaft bestimmt den Wahlkampf *Seite 25*

DAVID GROSSMAN

Der israelische Autor schlägt völlig neue Töne an *Seite 37*

KUBANISCHE SPORTLER

Flucht in die USA trotz gestiegenen Chancen auf legalen Wechsel *Seite 42*

WETTER



0°/3°

Stark bewölkt, entlang der Voralpen etwas Schneefall, in tiefsten Lagen mit Regen vermischt. Im Wallis meist sonnig. Im Süden bewölkt. *Seite 21*

TV/Radio 41, Traueranzeigen 8
Sportresultate 42, Kino 4

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 00, weitere Angaben im Impressum Seite 11



Konjunkturschwäche in Japan Sparen in unsicheren Zeiten hat Vorrang

Werner Enz · Mit dem von Ministerpräsident Shinzo Abe beschworenen Aufschwung der japanischen Wirtschaft ist es so eine Sache. Die Konsumenten lassen sich trotz Stimulierung partout nicht hinter dem Ofen hervorlocken. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) sank im vierten Quartal, saisonal und preisbereinigt, um annualisiert 1,4%. Dies ist eine erste Schätzung, die womöglich später korrigiert wird, doch auch so besteht kein Zweifel, dass die Konjunktur nur harzig wächst. Für das Kalenderjahr 2015 stieg das BIP um real enttäuschende 0,4%, womit frühere Prognosen klar verfehlt wurden. Auch an der Preisfront hat sich das Geschehen in der Zwischenzeit wieder beruhigt; die Konsumentenpreise machten im vierten Quartal insgesamt kaum einen Wank, womit das von der Bank of Japan (BoJ) anvisierte Inflationsziel von 2% weiter weg an den fernen Horizont entrückt ist.

Vor allem der private Konsum, auch der Wohnungsbau, blieben in den Monaten Oktober bis Dezember hinter den Erwartungen zurück. Ein zentraler Grund für die hartnäckige Unlust der Konsumenten ist in der schwachen Lohnentwicklung zu orten. Die Unternehmen haben jüngst zwar die Investitionsbudgets leicht nach oben angepasst, doch zögern die meisten nach wie vor mit grossen Lohnkonzessionen. Mit Blick auf die im vierten Quartal trotz ausgeprägter Yen-Schwäche leicht rückläufigen Ausfuhren wirkt dies verständlich.

Mildes Winterwetter, was die Regierung für die «vorübergehende» Konsumschwäche ins Feld führt, kann die Zurückhaltung der Japanerinnen und Japaner nur zu einem geringen Teil erklären. Für die Skepsis gibt es triftige Gründe: Da die Kaufkraft der Renten schlecht ist und demografiebedingt im Kalkül der Anspruchsberechtigten weiter sinken wird, wird Sparen noch wichtiger. Negativzinsen, wie sie die BoJ jüngst eingeführt hat, dürften die Japaner dazu animieren, noch einige 10 000-Yen-Noten zusätzlich in den Safe zu legen.

Reflexe

*Kommentare
zum Wirtschaftsgeschehen*

Initiative gegen die «Heiratsstrafe» Etikettenschwindel in der Schweizer Politik

Hansueli Schöchli · Etikettenschwindel gehört zum Inventar des politischen Diskurses. Ein Musterbeispiel ist die CVP-Initiative zur Abschaffung der steuerlichen «Heiratsstrafe». Diese Etikette dient in erster Linie dem Parteimarketing. Die Steuerrealität wäre mit dem Begriff «Heiratsbonus» weit besser abgebildet, wie die jüngsten Zahlen aus der Bundesverwaltung bekräftigen (vgl. Seite 1). Das heisst nicht, dass es kein einziges Ehepaar gäbe, welches gegenüber Konkubinatspaaren benachteiligt wäre – aber es heisst, dass es weit mehr bevorzugte als benachteiligte Ehepaare gibt.

Es gäbe immerhin ein bedeutendes Argument zur steuerlichen Besserstellung von Doppelverdienern. Dieses hat aber nichts mit «Gerechtigkeit» zu tun, sondern mit dem Wunsch nach mehr Fachkräften und mehr Effizienz auf dem Arbeitsmarkt. Da das Arbeitsangebot von Zweitverdienern im Vergleich zu den Erstverdienern typischerweise stärker auf die Steuerbelastung reagiert, wäre es im Prinzip «effizient», Zweitverdiener tiefer oder wenigstens nicht höher zu belasten als Erstverdiener. Eine Besserstellung der Zweitverdiener hat aber ihren Preis; je nach Ausgestaltung führt sie zu Benachteiligungen von Einverdienerhepaaren, Konkubinatspaaren, Alleinstehenden oder von allen genannten Gruppierungen. Und für Politikmarketing eignen sich solche Effizienzüberlegungen weit weniger als das Phantom der «Heiratsstrafe».

Die CVP-Volksinitiative liefert auch ein Musterbeispiel dafür, wie steuerpolitische Diskussionen meistens laufen. Eine Gruppe setzt sich laut für Vorteile zugunsten ihrer Klientele ein, die Klientele applaudiert, und die Kosten erscheinen so diffus und breit verteilt, dass nicht viele darüber reden und nachdenken wollen. Das ändert aber nichts daran, dass die Kosten real sind. Wer am Ende welche Rechnungen bezahlt, wird man allerdings noch eine Weile lang nicht wissen – sofern man es überhaupt je ganz weiss.

Weniger Umsatz von Lastminute.com Terror ist nicht das einzige Risiko

Daniel Imwinkelried · Liegt es am wirtschaftlichen Umfeld, oder stimmt etwas mit dem Geschäftsmodell nicht? Diese Frage stellt sich stets, wenn eine Firma warnend darauf hinweist, dass sich ihre Aktivitäten nicht wie prognostiziert entwickelten. Das Online-Reisebüro (Online Travel Agency, OTA) Lastminute.com sieht den Grund, warum es im vergangenen Jahr sein Umsatzziel nicht erreicht hat, unter anderem in den Pariser Anschlägen vom November 2015. Die brutale Terrorattacke war für die Tourismusbranche eine Belastung, aber leider wird sie wahrscheinlich in nächster Zeit mit solchen Schocks leben müssen, und möglicherweise ist Lastminute.com schlicht zu klein, um solche Erschütterungen einfach wegzustecken. Das Online-Reisegeschäft ist hart umkämpft und wird von Giganten wie Expedia oder Booking dominiert. Sie haben riesige Mittel zur Verfügung, um ihren Radius global zu vergrössern. Allein Expedia gab 2014 für das Marketing 2,8 Mrd. \$ aus, etwa 40-mal so viel wie Lastminute.com. Grösse ist im Online-Reisegeschäft ein zentrales Erfolgskriterium, denn nur mit dem Angebot kann man sich kaum von den anderen OTA abheben.

Und als ob Expedia oder Booking nicht schon sehr harte Konkurrenten wären – im Hintergrund lauert ein weiterer Gegenspieler: Google. OTA bezahlen dem Suchmaschinen-Anbieter Hunderte von Millionen Dollar, um bei Abfragen auf den oberen Plätzen zu erscheinen. Zumindest in den USA gibt es seit neuem Hinweise darauf, dass sich Google mit dieser Rolle nicht mehr zufriedengeben will, sondern verstärkt ins Reisegeschäft vorstossen möchte. Das macht selbst die Chefs von Expedia und Booking nervös; für einen kleinen Anbieter wie Lastminute.com stellen die Strategiespiele von Google aber eine grosse Gefahr dar. Es überraschte nicht, wenn sich Lastminute.com noch rechtzeitig in die Arme eines Grossanbieters flüchtete – dem Beispiel vieler anderer OTA folgend.